**Absender
SPD-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0484/2010

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
SPD-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 05.10.2010**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2010 zum Erhalt der Gewerbesteuer
und zur Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 13.09.2010 beantragt die SPD-Fraktion, der Rat solle Bund und Länder auffordern, die Gewerbesteuer zu erhalten und die Kommunen von Sozialausgaben zu entlasten.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Gemäß § 1 Absatz 2 Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach (ZuO) sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Nach § 5 Absatz 1 Ziffer 6 ZuO berät der Haupt- und Finanzausschuss Angelegenheiten, die nicht einem anderen Ausschuss zugewiesen sind.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeit eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen (§ 12 Absatz 1 Geschäftsordnung).

Entsprechend dieser Regelung schlage ich vor, den Antrag der SPD-Fraktion zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen.

Der Antrag ist beigelegt.